

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
11/2016 (II)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Diese Woche stand das Budget 2017 im Fokus des Nationalrats. An drei Tagen haben wir über die Gelder für die verschiedenen Ressorts diskutiert und welche Projekte und Initiativen wir damit im nächsten Jahr finanzieren werden. Außerdem haben alle im Nationalrat vertretenen Parteien in einem gemeinsamen Entschließungsantrag ein Verbot von Waffenlieferungen an die Türkei gefordert.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

Top Themen

Investieren für Wachstum und Beschäftigung – Mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Forschung und Infrastruktur

Die großen inhaltlichen Schwerpunkte des Bundesvoranschlags für 2017 liegen auf Wachstum und Beschäftigung. Das zentrale Ziel: die Arbeitslosigkeit senken. Daher setzt die Regierung im Budget auf jene Faktoren, die, wie die OECD sagt, "Quellen zukünftigen Wachstums" sind: aktive Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Forschung und Infrastruktur.

In diesen Bereichen ist das Budget expansiv, wie die ExpertInnen im parlamentarischen Budgethearing bestätigt haben. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK, hat betont, dass Österreich budgetär und bei den wesentlichen wirtschaftlichen Kennzahlen gut dasteht.

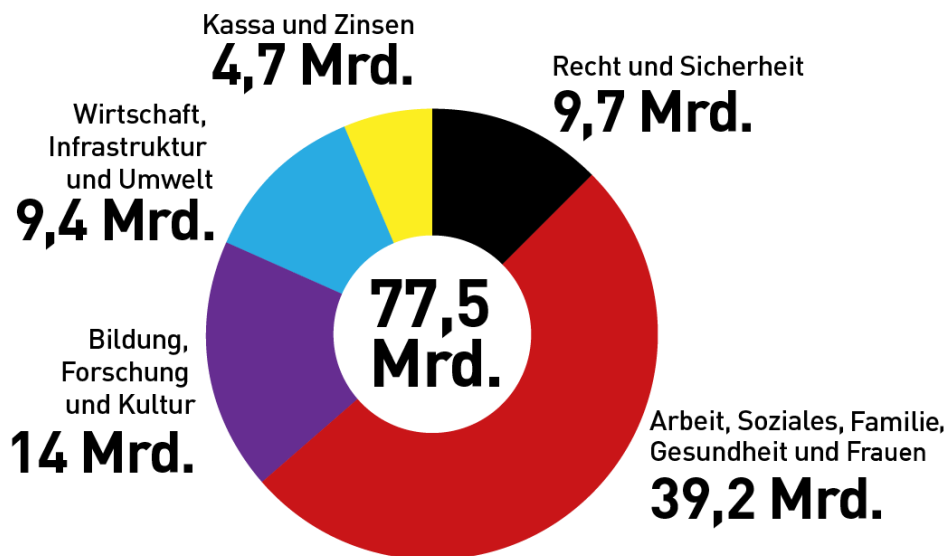
Budgetpolitisch und sozialpolitische stabil und nachhaltig

"Österreich ist finanz- und budgetpolitisch stabil und nachhaltig. Wir nehmen die notwendigen Zukunftsinvestitionen vor und wir können sie auch finanzieren", so bewertet SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder das Budget für 2017.



Ausschlaggebend ist für Schieder, dass Österreich in zukünftiges Wachstum investiert: aktive Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Forschung und Infrastruktur. Das wichtigste Ziel ist für ihn, die Arbeitslosigkeit zu senken, neue Chancen für die Arbeitssuchenden zu schaffen.

Budget 2017: Wieviel Geld für welche Aufgaben



Die gute internationale Position Österreichs erklärt Marterbauer mit der hohen öffentlichen Investitionsquote in Schiene, Straße, Hochbau und Breitband. Erstmals über-treffen die Zahlungen aus dem Budget für Investitionen zusammen mit den Investitio-nen der ausgegliederten Einheiten die 5-Milliarden-Euro-Grenze.

Und: Mit einem Staatsanteil von einem Drittel der Investitionen in Forschung und Ent-wicklung liegt Österreich international an der Spitze. Auch die privaten Investitionen befinden sich nach einer 15 Jahre dauernden Durststrecke im Aufwind, Österreich liegt hier wieder über dem EU-Durchschnitt. Marterbauer: "Wir stehen vor einer Kon-junkturerholung, die das Wachstum verbessern wird."

Die Eckdaten des Bundesvoranschlags 2017

Es gibt Einzahlungen von 73,18 Mrd. Euro und Auszahlungen von 77,46 Mrd. Euro, das administrative Defizit liegt damit bei - 4,3 Mrd. Euro oder 1,2 Prozent des BIP.

BVA-E 2017

Finanzierungshaushalt		2014	2015	2016	2017
Einzahlungen	in Mrd. €	71,5	72,7	71,8	73,2
Auszahlungen	in Mrd. €	74,7	74,6	78,3	77,5
Nettofinanzierungssaldo	in Mrd. €	-3,2	-1,9	-6,5	-4,3
	in % des BIP	-1,0	-0,5	-1,8	-1,2

Das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates wird mit -1,2 Prozent des BIP veranschlagt, das strukturelle - um Einmaleffekte und Konjunkturauswirkungen bereinigte - Defizit des Gesamtstaates macht 2017 - 0,5 Prozent des BIP aus. Die öffentliche Verschul-dung sinkt im kommenden Jahr von 83,2 Prozent des BIP auf 80,9 Prozent. Die EU-Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakt werden damit eingehalten.

Eckwerte Gesamtstaat

Maastricht-Saldo (in % des BIP)	2014	2015	2016	2017
Staatseinnahmen	50,0	50,6	49,3	49,3
Staatsausgaben	52,8	51,6	50,7	50,5
Maastricht-Saldo	-2,7	-1,0	-1,4	-1,2
Bund	-2,8	-1,2	-1,6	-1,4
Länder, Gemeinden, Sozialversicherung	0,1	0,1	0,1	0,1
Strukturelles Saldo¹	-0,7	0,3	-0,5	-0,5
Öffentliche Verschuldung	84,4	85,5	83,2	80,9

¹Nach Herausrechnung der Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorbekämpfung.

Quelle: Bis 2015 Statistik Austria, 2016 und 2017 BMF; Struktureller Saldo: bis 2014 EK, ab 2015 BMF

Wirtschaftlich geht die Regierung, gestützt auf die Prognosen der WirtschaftsforscherInnen, von einer soliden globalen Konjunktur und moderatem Wachstum in der Eurozone aus. Der Budgetvoranschlag baut auf einem realen BIP-Wachstum von 1,5 Prozent, einer Inflationsrate von 1,7 Prozent und einer Arbeitslosenrate (nationale Berechnung) von 9,4 Prozent.

Recht und Sicherheit

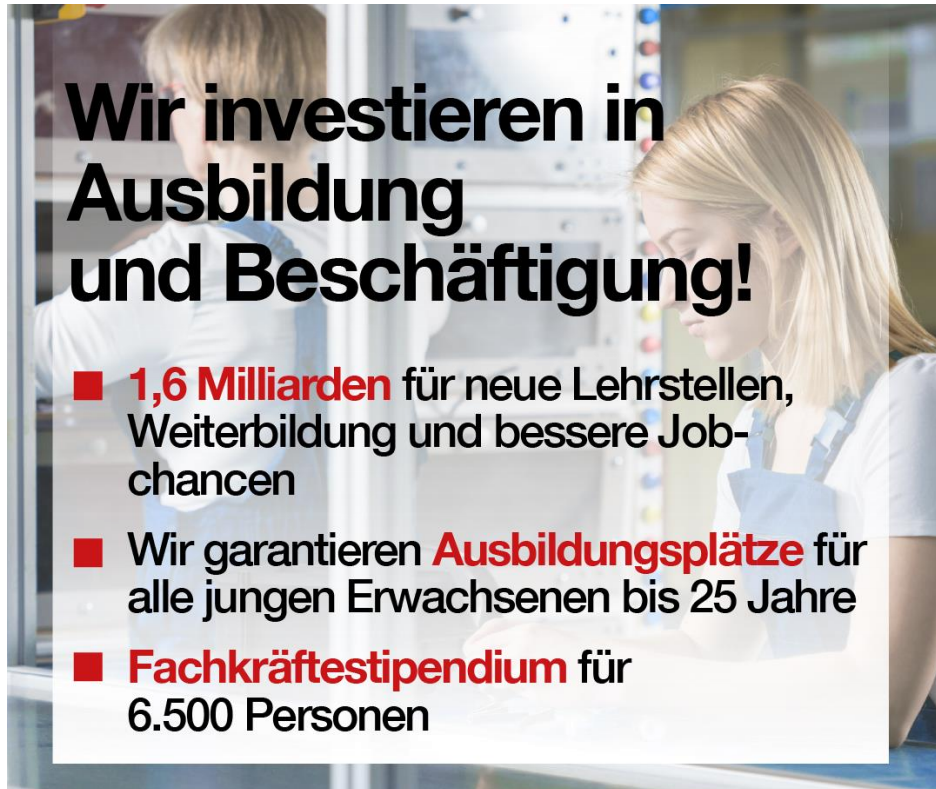
Sowohl im Bereich Inneres als auch im Bereich Verteidigung ist man finanziell gut auf die Herausforderungen der nächsten Jahre vorbereitet. Für die Landesverteidigung steht ein Budget von über 2,3 Mrd. Euro zur Verfügung, für Inneres 3,5 Mrd. Euro.

Sicherheitsoffensive: Für vermehrte Leistungen der Polizei und deren verbesserte Ausrüstung werden 2016 bis 2020 zusätzlich 125 Mio. Euro pro Jahr bereitgestellt.

Sonderinvestitionsprogramm Landesverteidigung: Für die Jahre 2016 bis 2019 sind insgesamt 350 Mio. Euro als Sonderfinanzierung vorgesehen. Im Jahr 2017 sollen 96 Mio. Euro aus dem Programm investiert werden. Schwerpunkte der Investitionen sind vor allem die Verbesserung der Ausrüstung für die Miliz und die GrundwehrdienerInnen sowie Beschaffungsmaßnahmen wie (gepanzerte) Fahrzeuge.

"Ob es um den gesteigerten Bedarf bei der Terrorabwehr, die Bewältigung der Migrationsströme oder die Cyber-Abwehr geht: Sicherheit kostet Geld und die zusätzlichen Investitionen stellen sicher, dass unsere Sicherheitskräfte ihre Arbeit unter guten Bedingungen leisten können", erklärt der SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl zum Budget.

Investiert wird in Ausbildung, Qualifizierung und in Aktivierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt:



Wir investieren in Ausbildung und Beschäftigung!

- **1,6 Milliarden** für neue Lehrstellen, Weiterbildung und bessere Jobchancen
- Wir garantieren **Ausbildungsplätze** für alle jungen Erwachsenen bis 25 Jahre
- **Fachkräftestipendium** für 6.500 Personen

- Rund 1,6 Milliarden Euro werden für die Beschäftigungsförderung aufgewendet – darunter fällt auch die betriebliche Lehrstellenförderung, die auch über Mittel des Insolvenz-Entgelt-Fonds finanziert wird.
- Österreich investiert in die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sowie in die Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre, für die zusätzlich 39,2 Millionen aufgewendet werden.
- Aufgestockt wird die FacharbeiterInnen-Intensivausbildung, damit auch Arbeitssuchende ab 18 einen Lehrabschluss nachholen können.
- Außerdem wird das Fachkräftestipendium wieder eingeführt. Davon werden in den nächsten drei Jahren insgesamt 6.500 Personen profitieren.

"Dieses Sozialbudget ist ein Garant für die soziale Sicherheit in unserem Land. Das Ziel ist es, mehr Beschäftigung zu erreichen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen", erklärte SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch im Nationalrat.

Pensionen

- Wie bereits im Vorjahr zeichnet sich bei den Pensionsausgaben eine äußerst positive Entwicklung ab: im Vergleich zum Bundesfinanzrahmen (BFRG) werden hier um 600 Mio. Euro weniger budgetiert (weitere -270 Mio. Euro bei den BeamtInnen Pensionen). Das zeigt: die Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsalters greifen. Die positive Entwicklung bei den Beschäftigungszahlen sorgt für mehr Beitragszahlungen.

SPÖ-Seniorensprecher Johann Hell begrüßte die Erhöhung der Ausgleichszulage für Alleinstehende mit 30 Versicherungsjahren. Davon profitieren vor allem Frauen mit langjähriger Teilzeitbeschäftigung. Zusammen mit der 100-Euro-Einmalzahlung für PensionistInnen und der Halbierung von Pensionsbeiträgen, wenn man über das gesetzliche Pensionsalter hinaus arbeitet, sei dies *"ein Paket zur Kaufkraftstärkung bei den Pensionistinnen und Pensionisten"*.

Pflege

- 2017 stehen für den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung 18 Millionen Euro zur Verfügung.
- In keinem anderen Land der Welt erhält so ein großer Anteil der Bevölkerung Pflegegeld (es sind 5,3 Prozent) – für uns ist das ein wesentliches Element eines starken Sozialstaates.
- Das Pflegegeld wurde Anfang 2016 um zwei Prozent erhöht. Die Finanzierung ist weiterhin gesichert.
- Der Budgetplan sichert außerdem, dass die starken Steigerungen bei der 24-Stunden-Betreuung finanziell abgesichert werden. Menschen können daher weiter daheim gepflegt werden.

"Bei der Pflege geht es darum, diese qualitativ zu ermöglichen und auch pflegende Angehörige zu unterstützen", sagte SPÖ-Sprecherin für Menschen mit Behinderung Ulrike Königsberger-Ludwig, *"dafür sorgt das Budget vor."*

Frauen

Frauenpolitisch relevante Maßnahmen ziehen sich durch alle Ressorts – von Arbeitsmarkt bis zu Gesundheit, Bildung und Wissenschaft. Aus dem Budget der Frauenministerin werden zu 60 Prozent Frauenberatungsstellen und Frauenprojekte finanziert. Die übrigen Mittel fließen in Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, speziell zur Finanzierung der Interventionsstellen und Gewaltschutzzentren.

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm freut sich, dass mit dem Budget für 2017 eine

Erhöhung des Budgets für das Frauenressort gelungen ist. "Das Budget des Frauenressorts wird um 500.000 Euro, also rund 5 Prozent, erhöht. Der Druck von Frauenministerin Sabine Oberhauser und von uns SPÖ-Parlamentarierinnen in den letzten Tagen war erfolgreich."

Familie

- Im März 2017 kommt es mit dem Kindergeldkonto zu Verbesserungen bei der einkommensunabhängigen Variante des Kinderbetreuungsgelds. Durch einen Partnerschaftsbonus und verstärkte Bewerbung soll die Väterbeteiligung erhöht werden.
- Das österreichweite Kinderbetreuungsangebot wird durch die Umsetzung der 15a-Vereinbarung weiter ausgebaut.
- Außerschulische Jugendberziehung und Jugendarbeit wird gefördert.

Gesundheit

Für weitere Verbesserungen im Gesundheitsbereich sind zusätzlich 4,6 Mrd. Euro bis 2021 vorgesehen. Darauf haben sich Bund, Länder und Sozialversicherung in einer 15a-Vereinbarung geeinigt.



- 200 Mio. Euro bis 2021 für den Ausbau der Primärversorgung: Durch den Ausbau der Gesundheitsleistungen im niedergelassenen Bereich können PatientInnen nahe ihrem Wohnort besser versorgt werden, was besonders im ländlichen Raum wichtig ist.
- Weiterentwicklung von eHealth: ELGA ist ein Erfolgsprojekt der österreichischen Gesundheitspolitik, an Bundesmitteln sind dafür 2017 10,8 Mio. Euro vorgesehen, gemeinsam mit Ländern und Sozialversicherung 41 Mio. Euro. Der Ausbau von eHealth auf inhaltlicher und technischer Ebene verbessert die Datensicherheit und Transparenz für PatientInnen.
- Kinder-/Schul-Impfprogramm: Derzeit müssen in Österreich pro Jahr rund 160.000 Säuglinge und Kleinkinder sowie 330.000 Schulkinder und Jugendliche gegen diverse Krankheiten geimpft werden. Dieses Programm ist gesichert.
- "Frühe Hilfen": Zur Prävention von (früh)kindlichen psychosozialen Störungen gibt es regionale Frühe-Hilfen-Netzwerke zur Unterstützung von Familien in belastenden Situationen. Diese werden weiter ausgebaut.

Bildung, Forschung, Kunst und Kultur

Bildung

- Das Budget für Bildung liegt mit 8,6 Mrd. Euro 2017 über dem Voranschlag von 2016. Insgesamt 300 Millionen Euro mehr gibt es für diesen Bereich. Daraus werden u.a. steigende LehrerInnengehälter und der weitere Ausbau von Ganztagschulen und Neuen Mittelschulen finanziert.
- Ein Schwerpunkt im Schulbereich ist die Integration von schulpflichtigen Flüchtlingskindern. Damit diese gut gelingt, gibt es im kommenden Jahr 80 Millionen Euro extra – u.a. für Sprachkurse, Sprachstartgruppen, Lehrgänge für SchülerInnen nach der Pflichtschule und Unterstützung für die LehrerInnen.
- Noch nicht im Budgetgesetz enthalten, aber bereits fix sind extra 750 Mio. Euro aus der Abschlagszahlung der Banken für die Senkung der Bankenabgabe. Damit soll in den nächsten Jahren der Ausbau von ganztägigen Schulen und Ferienbetreuung für SchülerInnen finanziert werden. Ziel: Bis 2025 soll jede/r SchülerIn im Umkreis von 20 km einen Platz in einer ganztägigen Schule finden können.

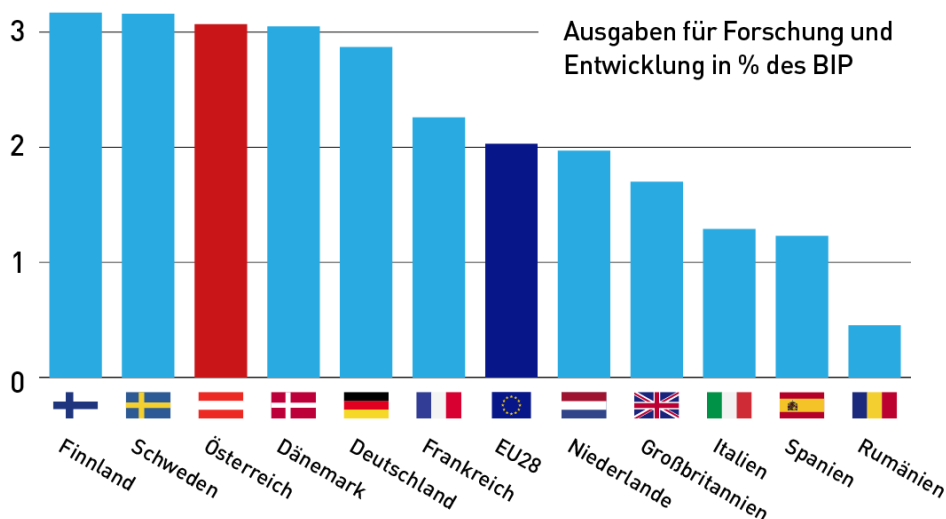
SPÖ-Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann freut sich über die bildungspolitischen Schwerpunkte des Budgets: *"Wir investieren mehr und zielgerichtet in unsere Schulen. Jeder Euro, der in die Bildung investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft".*

Wissenschaft und Forschung

- Auch die universitäre Bildung ist ein Schwerpunkt im Budget: Die Uni-Budgets wurden für die Periode 2016 bis 2018 um 630 Mio. Euro erhöht. Im Jahr 2017 sind dafür 4,31 Mrd. Euro budgetiert. Durch die Schaffung neuer ProfessorInnenstellung soll u.a. die Betreuung der StudentInnen verbessert werden. Auch die Fachhochschulen (FH) bekommen mehr Geld: 100 Mio. Euro gibt es zusätzlich aus der Abschlagszahlung der Banken. Ziel sind 5.000 neue FH-Studienplätze.

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl hob die Aufstockung der Mittel für Fachhochschulen hervor, da diese eine wichtige Ausbildungsschiene darstellen und in einem wesentlich höheren Ausmaß als Universitäten berufsbegleitende Ausbildungen anbieten.

Forschung: Österreich auf Platz 3 in Europa



Quelle: Eurostat/APA, Zahlen aus 2014

- Österreich soll bis 2020 Innovationsführer werden. Deshalb ist auch die angewandte, außeruniversitäre Forschung ein besonderer Schwerpunkt im Budget, mehr als 500 Mio. Euro fließen in diesen Bereich. Der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt soll auf 3,76 Prozent steigen – schon jetzt liegen wir im EU-Vergleich auf einem Spitzenplatz.

"Wenn wir von Forschung, Technologie und Innovation sprechen, reden wir in Wahrheit von der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir können stolz sein, dass wir inzwischen bei der F&E-Quote zu den besten in Europa gehören. Natürlich wollen wir im Bereich FIT trotzdem noch besser werden, aber wir sind, gerade im Bereich der angewandten Forschung, am richtigen Weg", so Philip Kucher, SPÖ-[Bereichssprecher](#) für Forschung, Innovation und Technologie.

Kunst und Kultur

- Erhöht werden konnte auch das Budget für Kunst und Kultur. Das zusätzliche Geld geht u.a. an die Realisierung des "Haus der Geschichte" und in den Denkmalschutz. Die zeitgenössische Kunst ist auch 2017 ein Schwerpunkt; gefördert werden u.a. Stipendien.

Elisabeth Hakel, SPÖ-Kunst- und Kultursprecherin betonte dazu: *"Die Rahmenbedingungen für die künstlerische und kulturelle Arbeit müssen laufend abgesichert und verbessert werden. Deshalb freut es mich besonders, dass es gelungen ist, das Kulturbudget um 13,1 Millionen Euro anzuheben."*

Wirtschaft, Infrastruktur und Verkehr

In dieser Rubrik spielt das Verkehrsministerium (bmvit) mit seinen Investitionen in die Schieneninfrastruktur und in den Breitbandausbau eine Hauptrolle. Dazu kommen, ebenfalls im Wirkungsbereich des bmvit, die Investitionen der ASFINAG in Ausbau und Erneuerung des heimischen Autobahnnetzes und, aus dem Wirkungsbereich des Wirtschaftsministeriums, die Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft BIG. Auch das Umweltministerium trägt mit seinen Aufwendungen für z.B. Siedlungs- und Wasserwirtschaft zu den öffentlichen Investitionen bei.

Rekordinvestitionen der öffentlichen Hand

Erstmals übertreffen die Zahlungen aus dem Budget für Investitionen zusammen mit den Investitionen der ausgegliederten Einheiten die 5-Milliarden-Euro-Grenze.

Alleine die zu 100 Prozent im Bundeseigentum stehenden Unternehmen ÖBB-Infrastruktur AG, ASFINAG und BIG investieren im Jahr 2017 vier Mrd. Euro. Zumindest mittelbar aus dem Budget finanziert werden dabei die Investitionen der ÖBB und der BIG, die der ASFINAG werden vollständig aus eigenen Erträgen (Lkw-Maut, Pkw-Maut) finanziert.

Allzeithoch bei Pünktlichkeit und Zufriedenheit der Fahrgäste

Das Budget sorgt nicht nur für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sondern auch für das Angebot auf der Schiene, Stichwort Gemeinwirtschaftliche Leistungen. Das bmvit bestellt und finanziert vor allem im Nah- und Regionalverkehr die Zugverbindungen und sorgt so für umweltfreundlichen und leistbaren öffentlichen Verkehr in ganz Österreich.

Im Ergebnis: Es gibt mehr Züge und Zugverbindungen, die dank Taktverkehr besser aufeinander und auf die Busverbindungen abgestimmt sind, die Pünktlichkeit der Züge

und Zufriedenheit der Fahrgäste ist mittlerweile auf einem Allzeithoch – so wie auch die Zahl der Fahrgäste der Bahnen in Österreich, mit 282 Millionen im Jahr 2015. In keinem anderen EU-Land wird die Bahn so stark genutzt wie in Österreich (1.427 Bahnkilometer pro Kopf im Jahr 2015).

"Das Budget im Bereich Verkehr, Innovation und Technologie ist gelebte Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik", so SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. Im Gesamtverkehrsplan geht es darum, ein effizientes, umweltfreundliches, sicheres und soziales Verkehrssystem sicherzustellen. Und er betonte, dass die Investitionen in das Schienennetz nicht nur das Verkehrssystem effizienter und umweltfreundlicher machen, sondern darüber hinaus wirken und für Wachstum und Beschäftigung sorgen.

Start-up-Paket

Wesentliche Wachstumsimpulse werden auch von der Umsetzung des Start-up-Pakets kommen. Die wichtigsten Ansätze:

- Förderung der Lohnnebenkosten für innovative Start-ups für bis zu drei Mitarbeiter für drei Jahre (dafür sind im Budget die Implementierungskosten vorgesehen; voll zum Tragen kommen wird die Maßnahme in den Folgejahren)
- Risikokapitalprämie (wer sich an jungen, innovativen Start-ups beteiligt, also in das Eigenkapital investiert, kann für Summen bis maximal 250.000 Euro mit bis zu 20 Prozent gefördert werden)
- Der Business-Angels-Fonds und die Mittel für Seed-Finanzierung werden aufgestockt.
- In Summe fließen im kommenden Jahr 32 Millionen Euro in die Umsetzung des Start-up-Pakets.

"Internationalisierungsoffensive, Risikokapitalprämie und Investitionszuwachsprämie zeigen, dass etwas passiert in Richtung von mehr Wachstum und mehr Beschäftigung", so SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter.

Kassa und Zinsen

Aufgrund der hohen Bonität, die Österreich auf den internationalen Finanzmärkten hat, werden für die Kredite des Bundes nur geringe – teilweise sogar negative – Zinsen berechnet, was sich positiv im Budget niederschlägt.

Die Personalausgaben im Finanzministerium werden leicht steigen, für den zusätzlichen Aufwand, der durch die steigende Betrugsbekämpfung, die einen wichtigen Teil der Gegenfinanzierung der Steuerreform darstellt, notwendig ist.

Im Bereich der öffentlichen Abgaben erkennt man die Auswirkungen der Steuerreform, die sich durch die Entlastung für ArbeitnehmerInnen in einer Verringerung der Lohnsteuereinnahmen von 27,3 Milliarden Euro (2015) auf 25,7 Milliarden Euro (2017) bemerkbar macht. Durch die Streichung von Steuerbegünstigungen steigt aber z.B. die Körperschaftssteuer an.

"Österreich ist in der Budget-, Steuer- und Finanzpolitik genau am richtigen Kurs", sagte SPÖ-Budget- und Finanzsprecher Jan Krainer bei der abschließenden Diskussion des Budgetkapitels Finanzen. Es sei vernünftig, in der aktuellen Situation eben nicht auf "sparen, sparen, sparen" zu setzen, sondern das niedrige Zinsniveau zu nutzen, um zu investieren. Österreich werde damit auch international zunehmend als Vorbild wahrgenommen, "eben weil wir öffentlich in den Hochbau, in Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, in Bildung sowie Forschung und Entwicklung investieren".

Alle Beschlüsse und Berichte

Formal besteht das Budget aus drei wesentlichen Beschlüssen: dem Bundesfinanzgesetz, dem Bundesfinanzrahmengesetz und dem Budgetbegleitgesetz.

Hier die Links zu den einzelnen Gesetzen:

[Bundesfinanzgesetz 2017 - BFG 2017 samt Anlagen \(1260 d.B.\)](#)

[Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020 \(1337 d.B.\)](#)

[Budgetbegleitgesetz 2017 \(1328 d.B.\)](#)

Weitere Themen

Keine Waffenlieferungen an die Türkei!

Alle sechs Parteien im Parlament fordern ein Verbot von Waffenlieferungen an die Türkei in einem gemeinsamen **Entschließungsantrag**. Hintergrund dafür ist, dass in den letzten Monaten in der Türkei die Demokratie und der Rechtsstaat angegriffen und geschwächt wurden – unter dem Vorwand Terrorismus zu bekämpfen, wird gegen die Bevölkerung in kurdischen Gebieten vorgegangen, Abgeordnete der HDP sitzen in Haft, tausende Staatsbedienstete, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen ebenso.

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder: "*Unter diesen Umständen darf keine Waffe zu militärischen oder polizeilichen Zwecken aus Österreich in die Türkei gelangen.*"

Uraufführung des Otto-Pendl-Marsches

Am Montag, den 21. November kam es in der Säulenhalle des Parlaments in Wien zur denkwürdigen Uraufführung des Otto-Pendl-Marsches. Anlass dafür war der Geburtstag des Vorsitzenden der parlamentarischen Bundesheerkommission, Abgeordneter zum Nationalrat, Otto Pendl.



Es spielt die Gardemusik unter der Leitung von Oberst Bernhard Heher.

Komponist: Zugführer Michael Totzauer

Reden

Rede zum Kultubudget

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Zurück zum Bereich Kultur: Die Frage, wie man Menschen am besten für das Leben mit Literatur begeistern kann, beschäftigt uns immer wieder.



Sehr oft verführt ein spezielles Buch zum Lesen. Das Lesen in einem Buch wird also praktisch oder wortwörtlich greifbar. Büchereien und Buchhandlungen sind Orte,

wo dies möglich ist. Es sind Orte, wo wir, wo unsere Kinder, die Magie des Lesens und den Zugang zur Literatur direkt erfahren und erleben können. Ich bin mir sicher, dass das auf irgendwelchen anonymen Online-Seiten viel schwieriger wäre.

Aber nicht nur das: Unsere Büchereien, aber auch die Buchhandlungen leisten durch zusätzliches Engagement einen unersetzlichen Beitrag, damit das Lesen, damit Kunst und Kultur, Literatur, von möglichst vielen Menschen in Österreich erlebt werden kann.

Besonders gilt das natürlich für Jugendliche und Kinder, etwa in der frühkindlichen Förderung durch, zum Beispiel, Kooperationen mit Schulen, mit Kindergärten und dergleichen.

Viele Gemeinden führen bereits Buch- und Leseförderungen durch. Denken Sie an Wiens großartige Aktion „Eine Stadt. Ein Buch.“! Es wird ein Buch in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestellt und Hunderttausend Exemplare eines solchen Buches werden verteilt.

Buchhandlungen und Büchereien haben diese Aufgabe, nämlich das Buch in den Mittelpunkt zu stellen, das ganze Jahr über. Es ist daher sehr wichtig, dass im Kulturbudget 2017 wieder Mittel bereitstehen, um die Angebote der Büchereien zu erweitern und im nächsten Jahr einen Buchhandelspreis vergeben zu können, mit dem wir fünf besonders kreative und engagierte BuchhändlerInnen mit jeweils 10 000 € unterstützen wollen. So wollen wir deutlich machen, wie wichtig uns ihre Geschäfte in den Innenstädten und ihr Engagement für Bildung, Kultur und Literatur sind. – Vielen Dank.
(Beifall bei der SPÖ.)

Rede zum außenpolitischen Budget



Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Karlsböck, wie der Herr Präsident schon gesagt hat, ist das hier eine Budgetdebatte und keine Wahlkampfbühne. *(Zwischenruf des Abg. Rosenkranz.)* Zweitens kann ich Ihnen versichern:

Kontakte haben wir alle – in alle Richtungen. Drittens mache ich mir angesichts dessen, wie Sie hier agieren, Sorgen um das Ansehen Österreichs. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, wenn wir uns in der Welt so umschauen, wenn wir den Fernseher einschalten, die Zeitungen lesen, dann kann man ja nicht gerade behaupten, dass die Welt 2016 ruhiger, stabiler oder friedlicher geworden ist – ganz im Gegenteil! Viele Konflikte haben sich weiter verschärft. Schauen Sie sich die Lage in der Ostukraine oder auch in Syrien oder im Irak an, wo täglich Kinder, Frauen und Männer sterben! Die Lage in der Türkei ist angespannt, weltweit sind Millionen von Menschen auf der Flucht, und soweit das heute absehbar ist, wird 2017 auch kein einfaches Jahr werden.

Daher stellt sich die Frage: Was können wir tun? Ich meine, wir sollten unseren Beitrag leisten, wenn es darum geht, Konflikte rechtzeitig zu verhindern und die bestehenden Konflikte einzudämmen und friedlich beizulegen, so gut wir eben dazu beitragen können.

Wir sollten unseren Beitrag leisten, wenn es darum geht, Millionen von Kriegsflüchtlingsen eine menschenwürdige Versorgung zu sichern und auch jene Länder zu unterstützen, die eine große Anzahl dieser Flüchtlinge, dieser Menschen aufgenommen haben und sich um sie kümmern.

Und wir sollten unseren Beitrag leisten, wenn es darum geht, Ländern auch eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, um zu Stabilität und zu Frieden zu kommen.

Darum ist es auch sehr wichtig, dass das Außenministerium für 2017 eine Erhöhung des Budgets erhalten hat – eine sicher sehr notwendige Entscheidung. Das Geld stellt nicht nur sicher, dass unsere Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden kann – auch wenn wir da noch einen langen Weg vor uns haben –, sondern auch, dass wir unsere Beiträge zu wichtigen Friedensmissionen der Vereinten Nationen zahlen können. Dazu gehören Missionen in Somalia, im Kongo, in Zentralafrika, in Mali, und wenn dort mehr Frieden, mehr Entwicklung, mehr Sicherheit geschaffen wird, dann ist das gut investiertes Geld, mit dem wir wirksam Flüchtlingszahlen reduzieren und letztendlich auch Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel bekämpfen können – alles Bereiche, die uns sonst ja wesentlich mehr kosten würden.

Zu diesen sinnvollen Missionen zähle ich auch noch jene in der Westsahara, denn da geht es nicht, wie das von einigen immer behauptet wird, nur um ein Referendum, sondern es geht auch um die Überwachung des Waffenstillstandes, die Räumung von bis zu zwei Millionen Landminen und Blindgängern und vertrauensbildende Maßnahmen, um eine friedliche Lösung möglich zu machen.

Die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsstruktur befindet sich in ihrer sicherlich größten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges, und statt auf Transparenz und Kooperation wird wieder auf rhetorische Aufrüstung, auf tatsächliche Aufrüstung, Ausgrenzung und Abschreckung gesetzt – und, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass wir in Österreich das so wollen. Wir wollen ein Europa der Zusammenarbeit.

Daher ist es auch gut, diesbezüglich Verantwortung zu übernehmen und aktiv zu werden. 2017 haben wir die Möglichkeit dazu, wenn Österreich den OSZE-Vorsitz übernimmt – und damit aber auch große Verantwortung, denn Österreich als neutraler Staat wird da auch die Möglichkeit erhalten, die gesamteuropäische Sicherheitspolitik maßgeblich mitzugestalten. Angesichts dieser großen Chance und der großen Herausforderungen, vor denen die OSZE und damit auch Österreich im nächsten Jahr

stehen wird, hätte ich mir durchaus einen noch größeren Budgetposten für diesen Bereich gewünscht.

Ich hoffe dennoch, dass wir diese Chance nützen können und nützen werden, um Brücken und Dialoge zwischen Ost und West aufzubauen, anstatt sie zu zerstören oder neue Mauern zu errichten, dass wir wichtige Initiativen wie eine neue Rüstungskontrolle voranbringen, dass wir da gemeinsam an einem Strang ziehen und helfen, gefährliche Spannungen in den Konfliktregionen Europas abzubauen, und dass wir es schaffen, Überzeugungsarbeit dahin gehend zu leisten, dass es eben besser ist, sich für eine gemeinsame Sicherheit einzusetzen, als auf Abschreckung und Aufrüstung zu setzen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: Budget für Außenministerium sichert Österreichs Beitrag für internationale Missionen \(22.11.2016\)](#)

[Nationalrat – Muttonen/Becher/Troch: Haus der Geschichte wichtiger Beitrag zu Erinnerungskultur und Vermittlung von Geschichte \(22.11.2016\)](#)

[In visit to UN, President Muttonen emphasizes importance of international co-operation](#)

Tagung der NATO-PV in Istanbul



Am Montag war ich auf der Tagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Istanbul. Die Versammlung hatte mich eingeladen als Präsidentin der OSZE-PV neben dem türkischen Präsidenten Erdogan und NATO-Generalsekretär Stoltenberg vor den Abgeordneten zu sprechen. In meiner [Rede](#) bin ich auf den wachsenden Konflikt zwischen der NATO und Russland eingegangen, der zunehmend den

Frieden und die Sicherheit in Europa gefährdet. Dabei habe ich gegenüber den anwesenden Parlamentariern für eine de-eskalierende Sprache geworben: Anstatt einander weiter mit erneuter Aufrüstung zu drohen, sei es wichtig wieder in einen Dialog über gemeinsame Rüstungskontrollen einzutreten.

Selbstverständlich bin ich in Istanbul auch auf die aktuellen Entwicklungen in der Türkei eingegangen und habe meine steigende Besorgnis darüber geäußert.

Die Lage in der Türkei und die Situation in der Ostukraine standen dann auch im Zentrum von Gesprächen, die ich im Anschluss an meine Rede mit den Parlamentspräsidenten der Türkei und der Ukraine führen konnte.

Weitere Informationen über meinen Besuch bei der NATO-PV und die aktuelle Arbeit der OSZE-PV findet ihr auch [hier](#), im aktuellen Newsletter des Sekretariats der OSZE-PV.

Gespräche im UN-Hauptquartier



Im Anschluss an die OSZE-Wahlbeobachtungsmission war ich vom 9. bis 11. November in New York, um dort mit VertreterInnen der Vereinten Nationen zusammen zu kommen. Mit den UntergeneralsekretärInnen Jeffrey Feltmann und Phumzile Mlambo-Ngcuka habe ich mich über die aktuellen sicherheitspolitischen Ent-

wicklungen im OSZE-Raum ausgetauscht und hervorgehoben, wie wichtig die Unterstützung einer politischen Lösung der Ukrainekrise für die friedliche und stabile Entwicklung in Europa ist. Auch die Lage in der Türkei war ein Thema, ebenso die Frage, wie die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE-PV) sich stärker für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der VN einsetzen kann.

Angesichts der weltweit zunehmenden Krisen und Konflikte haben wir auch darüber gesprochen, wie wir die Zusammenarbeit zwischen UN und OSZE bei überschneidenden Themen verbessern können. Die VN haben hierfür erst kürzlich eine Kontaktstelle in Wien eingerichtet.

Mit Phumzile Mlambo-Ngcuka, die auch Exekutivdirektorin der VN-Frauenorganisation ist, habe ich mich auch noch über die Genderpolitik der OSZE-PV unterhalten und sie bei der Gelegenheit gleich zu einer Veranstaltung über Frauen und Sicherheitspolitik eingeladen, die ich im Namen der PV im nächsten Frühjahr mit dem österreichischen Parlament und dem Landesverteidigungsministerium in Wien durchführen werde.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at